



„Auf gutem Wege, aber weiter Handlungsbedarf!“

Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland

Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Frank Gesemann, Prof. Dr. Roland Roth, Dr. Jutta Aumüller

– Pressemitteilung zur öffentlichen Präsentation am 8. Mai 2012 –

Zentrale Ergebnisse, Auftrag und Zielsetzungen der Studie

Eine deutliche Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise misst der Integration von Zugewanderten eine sehr hohe oder hohe Bedeutung bei. Dabei überwiegt die Erwartung, damit die eigene Zukunftsfähigkeit zu stärken. Viele Kommunen haben Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung verankert und eigene, den Bedingungen vor Ort angepasste Integrationskonzepte entwickelt. Sie vernetzen die für das Integrationsgeschehen zentralen Akteure und bemühen sich um eine aktive Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund. Eine gezielte strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik fördert dabei den Aktivitätsgrad von Städten, Gemeinden und Landkreisen in allen Handlungsfeldern der kommunalen Integrationspolitik.

Zu diesen zentralen Ergebnissen kommt eine empirische Studie, die den Stand der Umsetzung von detaillierten Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände untersucht hat, die im 2007 beschlossenen Nationalen Integrationsplan ausgesprochen wurden, um das kommunale Engagement für eine verbesserte Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken und bestehende Integrationsdefizite vor Ort abzubauen.

An der schriftlichen Befragung, die vom Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) durchgeführt wurde, beteiligten sich insgesamt 228 Städte, Gemeinden und Kreise. Ergänzt wurde diese Erhebung durch vertiefende Telefoninterviews mit lokalen Ansprechpartnern in mehr als 40 Kommunen sowie durch exemplarische Vor-Ort-Besuche in einzelnen Kommunen. Die Befragungen stützen sich auf Selbstauskünfte von Akteuren in der kommunalen Integrationsarbeit und können daher eine vergleichende und langfristig angelegte Wirkungsanalyse der lokalen Integrationspolitik nicht ersetzen.

Unterschiede in den einzelnen Handlungsfeldern

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass nicht alle Handlungsfelder kommunaler Integrationspolitik mit gleicher Intensität bearbeitet werden. So sind die befragten Kommunen besonders aktiv darin, das Engagement für und von Menschen mit Migrationshintergrund zu för-



dern, kommunale Einflussmöglichkeiten der Bildungsförderung auszuschöpfen und benachteiligte Wohnquartiere mit einem erhöhten Anteil von Zugewanderten zu stärken. Sie setzen auf alltägliche interkulturelle Begegnungen und fördern Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit. Noch viel zu tun ist hingegen vor allem in der interkulturellen Öffnung der kommunalen Verwaltungen, in der stärkeren wirtschaftspolitischen Nutzung der unternehmerischen Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund sowie in der Entwicklung kommunaler Monitoringsysteme.

Insgesamt wird das integrationspolitische Engagement der Kommunen vor allem durch die Faktoren Gemeindegröße, Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der lokalen Bevölkerung sowie zum Teil auch durch das jeweilige Bundesland beeinflusst. Die statistischen Analysen zeigen, dass dort, wo sich die kommunal Verantwortlichen – wie 2007 empfohlen – um eine aktive und strategisch angelegte Integrationspolitik bemühen, in allen integrationspolitischen Handlungsfeldern verstärkte Aktivitäten festzustellen sind.

Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik

Die Kommunen würdigen die Unterstützung von Bund und Ländern für ihre kommunalen Integrationsanstrengungen. Ein hoher Unterstützungsbedarf wird vor allem von kleinen Städten und Gemeinden geltend gemacht. Angesichts der hohen Bedeutung, die Kommunen der Integration von Zugewanderten beimessen, wünschen sie sich eine stärkere, systematische und langfristige Unterstützung durch Bund und Länder.

Wünschenswert aus Sicht der beteiligten Kommunen sind darüber hinaus vor allem Anstrengungen und Reformen im Handlungsfeld Sprache und Bildung, insbesondere eine Ausweitung der Sprachförderung, eine Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen sowie strukturelle Reformen des Bildungssystems. Auch andere Handlungsfelder bedürfen künftig einer Weiterentwicklung: Dazu gehören die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, eine zielgerichtete Förderung der wirtschaftlichen Potenziale von Zugewanderten, eine bessere politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sowie die Weiterentwicklung einer lokalen Anerkennungs- und Willkommenskultur.

Kontakt

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration
Dr. Frank Gesemann
Schwalbacher Str. 2
12161 Berlin

Telefon: 030 / 623 57 89

E-Mail: info@desi-sozialforschung.de; Frank.Gesemann@t-online.de

www.desi-sozialforschung-berlin.de